

Tessin: Albtraum im Kindergarten

Von einer besorgniserregenden Entwicklung im Tessin berichten Väter und Mütter von Kindergartenkindern dem Verein Schutzinitiative. So empört sich ein betroffener Vater darüber, dass sein 4-jähriger Sohn am Mittag nicht mehr nach Hause gehen darf, um bei den Eltern zu Mittag zu essen (Mensapflicht). Auch das Obligatorium des Nachmittagsbesuches im ersten Kindergarten sei inakzeptabel. Nun wehren sich betroffene Mütter und Väter und haben dazu den Verein ARIPE¹ gegründet.



Bellinzona

Dr. med. Alessandro Perucchi, ein Vorstandsmitglied des Vereins ARIPE, spricht sehr gut Deutsch und informierte den Verein Schutzinitiative über die Situation im Tessin. So würden 4-jährige Kinder² ihren Müttern entrissen, obwohl diese selber für ihre kleinen Kinder sorgen wollten. Und es herrsche wie in keinem anderen Schweizer Kanton bereits ab 4 Jahren eine ganztägige Schulpflicht. 4- bis 5-jährige Kindergartenkinder dürften im Tessin während 4 Tagen pro Woche nicht mehr zusammen mit ihren Familien zu Mittag essen, da eine staatlich verordnete Mensapflicht gelte.

Enrico Ferrari, ein weiterer betroffener Vater, Vorstandsmitglied und Sprecher von ARIPE, ist empört darüber, dass der Stuhl seines Sohnes beim Mittagessen leer bleibt. Er spricht im Namen von vielen Eltern und fordert, dass die Mensa wieder optional angeboten wird. Beide Väter fühlen sich vom Staat betrogen!

Eine Mutter aus dem Sottoceneri beklagt, dass das Mittagessen im Kindergarten für ihre Tochter zum Albtraum geworden sei. Das Kind bekomme Angst, werde krank und erbreche³.

Diese massiven Grenzüberschreitungen und Attacken auf das Familienleben und das Erziehungsrecht der Eltern hat zur Gründung des Vereins ARIPE mit zwei definierten Zielen geführt: die Aufhebung des Mensaobligatoriums im Kindergarten und die Aufhebung des obligatorischen Nachmittagsbesuchs im Tessiner Kindergarten im ersten Schuljahr. Die durchgehende Abwesenheit der kleinen Kinder von ihren Familien (gegen 7 Stunden pro Tag) sei viel zu lange.

Hauptverantwortlich für diese familienfeindliche Regelung ist das DECS⁴, das Departement für Erziehung, Kultur und Sport, unter der Leitung von Staatsrat Manuele Bertoli in Bellinzona. Dieser «unbeirrte Linkspolitiker» (NZZ) wird als ehemaliger Primarlehrer und Jurist genau wissen, was diese Regelung für Familien bedeutet. So ist nach den Reklamationen von seinem Departement zu hören, dass die Mittagspause ein «lehrreicher Moment» sei und deshalb alle daran teilnehmen müssen⁵. So würden Schulmahlzeiten als integraler Bestandteil der «Bildungsarbeit» im Kindergarten angesehen.

Wenn die Eltern im Tessin nicht erfolgreich gegen diese erzieherischen Übergriffe angehen, müssen sie bald damit rechnen, dass der Staat einen Schritt weiter geht und immer neue «lehrreiche Momente» einführt, wie zum Beispiel ein Unterricht über das Recht des Kindes auf eine eigenständige Sexualität (siehe WHO-Frühsexualisierungsprogramm⁶).

Kontaktangaben für den Verein ARIPE

Adresse: ARIPE
C/o Enrico Ferrari
Casella postale 343
6950 Tesserete

E-Mail: associazionearipe@gmail.com

Facebook:
<https://www.facebook.com/aripeticino/>

¹ ARIPE (Associazione per il Rispetto di un'Infanzia Pedagogicamente Equa).
Auf Deutsch: Verein für die Wahrung einer pädagogisch gerechten Kindheit

² Die Schulpflicht ab Alter 4 beginne jeweils ab Ende Oktober

³ www.caffe.ch

⁴ Dipartimento dell'educazione, della cultura e dello sport,
Piazza Governo 7, 6501 Bellinzona, Vorsteher: Manuele Bertoli

⁵ www.caffe.ch

⁶ <https://www.bzga-whocc.de/publikationen/standards-sexualaufklaerung/>

«Gut gemacht Schutzinitiative!»

Dieses Kompliment eines äusserst zufriedenen Vaters aus der Westschweiz nimmt der Verein Schutzinitiative gerne entgegen. Der Vater besuchte mit seiner Frau und den drei Kindern die Jahresversammlung 2019 des Vereins Schutzinitiative in Olten. Er bezeichnete den Verein als «eine Kraft für das Gute im Kampf gegen die Gender-Ideologie an der Schule und in der Gesellschaft». Das Referat von Dr. Gudrun Kugler sei ausgezeichnet gewesen, wie auch die Gelegenheit, andere Eltern zu treffen und Kontakte zu knüpfen. Er plane nun ein lokales Treffen, um untereinander Informationen auszutauschen, damit die Kinder vor dieser schädlichen Geschlechterideologie geschützt werden könnten. Er schliesst mit den Worten «Gut gemacht Schutzinitiative!».

Ein weiterer Vater ist mit seiner Tochter aus der Region Bern nach Olten angereist. Er bedankte sich ausdrücklich beim Verein Schutzinitiative für die «direkte Unterstützung, welche seiner Familie den Rücken gestärkt habe». Der Verein sei für seine Frau und ihn «eine sehr grosse Hilfe gewesen», da sie in der Schule und im Elternkreis auf Unverständnis gestossen seien. Und «es sei ganz wichtig, in einem solchen Umfeld Gleichgesinnte zu finden», was ihm nach kurzer Internetrecherche auch sehr gut gelungen sei. Dann wünschte

er dem Verein Schutzinitiative weiterhin viel Kraft bei seinem Engagement für den Schutz der Kinder gegen ideologische Übergriffe im Schulsystem.



Neu: Spenden sind jetzt abzugsfähig!

Die kantonale Steuerverwaltung des Kantons Basel-Landschaft hat dem Verein Schutzinitiative die Gemeinnützigkeit anerkannt und gleichzeitig die Steuerbefreiung und den Spendenabzug bei den Einkommenssteuern der Gönnerinnen und Gönnern zugestanden. Das hat zur Folge, dass sämtliche Spenden an den Verein Schutzinitiative ab sofort in allen

Kantonen im Rahmen der jeweiligen kantonalen Regelung und auch beim Bund vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Ende Jahr wird dann eine entsprechende Steuerbescheinigung versendet. Über diese Anerkennung unserer Leistungen in der Beratung der Eltern und zum Schutz der Kinder und Jugendlichen haben wir uns sehr gefreut.

Spendenaufruf:

Herzlichen Dank für jede Spende, die unsere Arbeit immer wieder von Neuem möglich macht!
Konto: PC 70-80 80 80-1

Telefon für Beratung: 061 702 01 00
www.schutzinitiative.ch, info@schutzinitiative.ch

Impressum:

Schutzinitiative aktuell erscheint 4-mal jährlich / **Abo:** «Schutzinitiative aktuell» finanziert sich durch Gönnerbeiträge. Der kostendeckende Abopreis von CHF 10.- wird nicht erhoben. / **Herausgeber und Redaktion:** Verein Schutzinitiative, Postfach, 4142 Münchenstein, **Tel.** 061 702 01 00, info@schutzinitiative.ch, www.schutzinitiative.ch, **Postkonto:** 70-80 80 80-1 / © **Verein Schutzinitiative** / **Bilder:** iStockphoto; S. 1/5; shutterstock S. 6; Rest zur Verfügung gestellt / **Gestaltung:** WJP Werbeagentur, 4053 Basel / **Druck:** Spühler Druck AG, Rüti.



JA ZUM SCHUTZ
vor Sexualisierung
in Kindergarten
und Primarschule

Schutz aktuell Initiative



JA ZUM SCHUTZ
vor Sexualisierung
in Kindergarten
und Primarschule

**Tessin:
Mensazwang
ab 4 Jahren.
Eltern empört!**

(Seite 5)



Verena Herzog
Nationalrätin

Verein ermutigt Väter und Mütter

Immer wieder bedanken sich Väter und Mütter beim Verein Schutzzinitiative für die wertvolle Beratungsarbeit. Denn genau dann, wenn in der Schule der Tochter oder des Sohnes grenzüberschreitende Sexualaufklärung geplant ist oder bereits stattgefunden hat, können wir jeweils individuelle und auf den konkreten Fall zugeschnittene Beratung und Unterstützung anbieten.

Auch ist es eine Freude zu sehen, wie erleichtert Hilfe suchende Eltern sind, wenn sie vom Verein mit Eltern in ähnlichen Situationen in Kontakt gebracht werden, schweizweit und über die Sprachgrenzen hinaus! So kann ein erstes Kontaktgespräch oft schon Klarheit über die Rechtslage und

das weitere Vorgehen schaffen. Eltern fühlen sich dadurch bestärkt und wissen besser Bescheid über ihre Rechte und Pflichten.

Ich erwähne hier nur kurz einen konkreten Beratungsfall aus 2018, in dem die Schulleitung einer Primarschule erst durch die mutige Intervention von Eltern überhaupt auf die lehrplanwidrige Sexualaufklärung des Lehrers aufmerksam geworden ist. Nach Gesprächen wurde es dem Lehrer schliesslich untersagt, weiterhin diese schädlichen Inhalte im Unterricht zu verwenden. Ein schöner Erfolg für die Eltern und die Kinder an dieser Schule!

Um solche Erfolge weiterhin möglich zu machen, braucht es mit den Worten von Dr. Gudrun Kugler (siehe Seiten 2 – 3) Väter und Mütter, die sich «mutig und stark» in diese Welt einbringen. Jeder dort in der Gesellschaft, wo er gerade steht!

Mit Ihrer Unterstützung, liebe Leserin, lieber Leser, werden wir weiterhin viele Eltern beraten und ermutigen können. Herzlichen Dank!

Verena Herzog, Nationalrätin SVP, Thurgau
Vorstandsmitglied des Vereins «Schutzzinitiative»

Eindrückliches Referat mit fünf Fra

Die international bekannte Dr. iur. Gudrun Kugler aus Wien plädierte in ihrem fesselnden Referat zum Thema «Über das Wie und Wohin eines christlich orientierten Engagements in Politik und Öffentlichkeit» an der Jahresversammlung des Vereins Schutzinitiative in Olten eindringlich dafür, dass wir uns «mutig und stark» in diese Welt einbringen sollten, jeder dort in der Gesellschaft, wo er gerade steht. Sie warnte klar vor einem Rückzug ins Private, denn dann würden schnell Gesetze gemacht werden, die die Freiheit stark beschneiden.

Kugler zitierte den Stiefbruder des James-Bond Darstellers Daniel Craig und politischen Philosophen und Vordenker der britischen Konservativen Phillip Blond. Blond sagte, dass Rechts und Links versagt hätten, da die Linke nicht alle gleich gemacht und die Rechte nicht alle reich gemacht hätten. Die Menschen wünschten sich eine Antwort, einen neuen Weg, so Kugler. Aber wohin soll die Reise gehen?

Links stünden der komplette Kollektivismus und rechts der komplette Individualismus. Der Philosoph Blond schlage nun die über Jahrhunderte erprobte christliche Sozialethik vor. Das sei erwiesen und funktioniere, so Kugler weiter.

Christliche Werte gründeten auf vernunftbezogenen Dingen über den Menschen. Was der Mensch brauche, leitete Kugler vom Phänomen Mensch selber ab. Früher habe man vom Naturrecht gesprochen, heute spreche man von der Ökologie des Menschen. Jedes Lebewesen hätte eine in sich eingeschriebene Ökologie, eine Gesetzmässigkeit, die wir respektieren sollten, damit es aufblühen könne. Bei Nichtbeachtung gehe es unter – wie der Eisbär ohne Eisscholle im Meer! So müssten wir auch den Pflanzen geben, was sie brauchten, damit sie gedeihen. Europa hätte aber dieses gleiche Prinzip nicht angewandt auf den Menschen, so Kugler, was ein grosser Fehler sei.

Fünf Fragen

Daraufhin fragte sie rhetorisch, **ob es ein Problem sei, dass wir als Menschen uns in Mann und Frau unterteilen**. Dahinter stünde die Genderdiskussion. So werde in Bildungsvorgaben festgehalten, dass es Aufgabe der Schule sei, «verengte, bipolare Geschlechterbilder» hinter sich zu lassen. Denn wenn man Frau und Mann unterscheiden würde, wäre die Frau das «schwächere Geschlecht», was automatisch zur Diskriminierung von Frauen führen könne. Und wenn man Frau und Mann bejahe, so Kugler, impliziere man, dass die Heterosexualität besser sei als die Homosexualität, womit Homosexuelle diskriminiert würden. Damit also weder Frauen noch Homosexuelle diskriminiert würden, müsse man sagen, dass es Mann und Frau gar nicht gebe. Das sei Gender!

Damit es tatsächlich zu keiner Diskriminierung komme, so Kugler, sei «gutes Benehmen» und ein «Miteinander» zu fordern, was ein Leben mit Unterschiedlichkeiten erst ermögliche.

Weiter stellte sich Kugler die Frage, **ob der Grundbaustein der Gesellschaft die Familie oder das Individuum sei**. Sie wies auf die sehr tiefe Geburtenrate in den westeuropäischen



agen

Ländern hin und kritisierte die Grundhaltung, dass Kinder eine Last sein sollen. Dies ging auf den Kommunismus zurück. So hätte Friedrich Engels in seinem Manifest über die Familie geschrieben, dass Familie immer eine Form der Unterdrückung von Frauen und Kindern und immer Gewalt sei. Dann wies Kugler darauf hin, dass man bei Anhängern dieser Weltanschauung Kinder nur im Kontext mit Problemen (Gewalt in Familien, Kinderbetreuung usw.) höre. Die Konsequenz: Kinder werden nur als zu vermeidende Probleme angeschaut.

Eine weitere Frage sei, **ob es etwas Gutes ist, wenn ein Kind unter drei zu Hause bleiben kann oder etwas, was wir gesellschaftlich loswerden müssten.** Hier würden Frauen, die ihre Kinder zu Hause betreuten, finanziell massiv benachteiligt. Leider würden von der Wirtschaft und von gewissen Parteien ein immer höherer Anteil an Krippenplätzen gefordert, auch wenn dieser Bedarf von Seiten der Mütter gar nicht vorhanden ist.

«Ist es legitim, einem Individuum etwas zuzumuten für etwas gesellschaftlich Grösseres?», fragte Kugler weiter. Die Euthanasie und die Abtreibung seien aus Sicht der meisten Politiker eine Tat der «Nächstenliebe», da man «unnötiges Leid» verhindern solle, alles andere sei eine Zumutung, zitierte Kugler. Man übertrumpfe sich heute geradezu mit Mitleid. Dann erwähnte sie den französischen Philosophen Hadjadj¹, der von der Häresie der Liebe sprach: ein vollkommenes Missverständnis von dem was Liebe und Unterstützung für den Nächsten bedeutet. Jetzt würden Christen, die aus echter Liebe handelten, als grausam bezeichnet!

Die fünfte Frage sei, so Kugler, **ob wir durch Bildung und Schule dazu beitragen wollen, dass Beziehungen gelingen, oder ob das Ausleben der Lust animiert werden soll.** Dabei

kritisierte sie Inhalte des Sexualkundeunterrichts, der genau letzteres fordert.

Stelle man nun diese fünf Fragen einem Politiker, so wisse man sehr schnell auf welcher Seite er stehe.

Dr. Kugler empfahl für Leute, die gerne strategisch nachdenken, das Buch «To Change the World» von James Davison Hunter². Minutiös zeige der Autor darin auf, wie sich Kultur verändere und was Christen daraus lernen könnten. Wie genau Christen vorgehen sollten, führte Kugler anhand konkreter Vorschläge aus und wies auf unsere eigene Verantwortung hin, dort tätig zu werden, wo jeder einzelne von uns steht. Sie sprach dabei von «Faithful Presence» und meinte damit «treues Wirken». Jeder solle wirken, soweit er könne, und wir sollten in der Welt mutig und stark sein. Nicht der tatsächliche Erfolg sei am Ende des Lebens das Ziel, so Kuglers Appell, sondern, ob wir uns für das Gute «treu, mutig und stark» eingesetzt hätten.

Nach langanhaltendem Applaus bedankte sich a.Nationalrat Toni Bortoluzzi, Präsident des Vereins Schutzinitiative, sehr herzlich bei Dr. Gudrun Kugler für das hervorragende Referat und überreichte ihr zum Dank ein Geschenk.



Dr. iur. Gudrun Kugler,
promovierte Juristin,
Theologin, vierfache
Mutter und Nationalrätin
im österreichischen
Parlament.

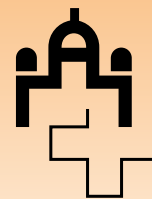
Weitere Tätigkeiten von Dr. Gudrun Kugler:

- Engagement in der EU, UNO und OSZE seit 2001
- Einsatz gegen die Christenverfolgung (www.intoleranceagainstchristians.eu)
- Gründerin der Weltjugendallianz-Europa (www.wya.net) in Brüssel
- Voten im österreichischen Parlament für einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Pornografie

¹ Fabrice Hadjadj hat jüdische Eltern, einen arabischen Namen und ist zum Christentum konvertiert. Er zählt zu den führenden französischen Philosophen, lebt aber mit seiner Frau und seinen acht Kindern in der Schweiz

² To Change the World. The Irony, Tragedy and Possibility of Christianity in the Late Modern World; James Davison Hunter; Oxford University Press, 368 S., ISBN 978-0-19-973080-3

Bericht aus Bern



Sebastian Frehner,
Nationalrat Basel-Stadt

Der Bundesrat weiss nichts von Frühsexualisierung nach WHO-Standards – oder doch?

Die Standards der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für die Sexuaufklärung in Europa stehen bekanntlich in der Kritik die Frühsexualisierung von Kinder zu fördern. Wenn man sich diese Guidelines zu Gemüte führt, wird man den Eindruck nicht los, dass

nicht die Missbrauchsbekämpfung und Aufklärung im Vordergrund steht, sondern die Intention, Kinder sobald als möglich zu «kompletten» sexuellen Wesen zu machen. In der Schweiz ist es vor allem die Organisation «Sexuelle Gesundheit Schweiz», welche sich für die möglichst liniengetreue Umsetzung der WHO-Standards stark macht. Die private Nonprofitorganisation hat diesen Weg in der Vergangenheit konsequent verfolgt, ohne auf die berechtigte Kritik von Eltern und anderen Organisationen einzugehen.

An und für sich kann eine private Organisation ja tun und lassen, was sie will. «Sexuelle Gesundheit Schweiz» erhält nun aber vom Bund im Rahmen des «Nationalen Programms HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen» (NPHS) seit Jahren namhafte Beiträge (im Jahre 2018 war es rund eine Million Franken). Weil ich meine Vorbehalte gegenüber «Sexuelle Gesundheit Schweiz» habe, wollte ich in einer am 6. März 2018 eingereichten Interpellation (18.3075) vom Bundesrat wissen, ob die Gelder für Projekte im Zusammenhang mit der Einführung von Frühsexualisierung nach WHO-Standards zweckentfremdet werden. In seiner Antwort führte der Bundesrat Folgendes aus: Die WHO-Standards sind «kein normatives Dokument für die einzelnen Länder». Zudem seien dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) keine Projekte bekannt, welche die Einführung der WHO-Standards verlangten.

Diese Antwort der Regierung beruhigte mich doch ein wenig. In der Schutzinitiative, Ausgabe Nr. 24, vom Juni 2018 gab ich deshalb meiner Freude darüber Ausdruck und versah meinen «Bericht aus Bern» mit dem Titel «Bundesrat <distanziert> sich von WHO-Standards für Sexuaufklärung».

Lang währte die Freude nicht. Am 24. Mai 2019 wurde ich durch eine Medienmitteilung von «Sexuelle Gesundheit Schweiz» aufgeschreckt. Die Organisation kündigt darin die Lancierung einer Onlineplattform (www.sexuaufklaerung-schule.ch) an, welche auf eine «ganzheitliche»

Sexuaufklärung nach WHO-Standards verweist. Im Kommuniké findet sich auch der Satz: «Der Bundesrat versteht unter Sexuaufklärung den ganzheitlichen Ansatz gemäss den Standards der WHO Europa (...)».

Was stimmt nun? Gibt es in der Schweiz nun keine vom Bund finanzierten Projekte, welche die Frühsexualisierung von Kindern nach WHO-Standards fordern, wie es der Antwort auf meine Interpellation zu entnehmen war? Oder möchte dies der Bundesrat nun doch? Falls dies so ist, was hat den Sinneswandel ausgelöst? Oder ist es nur «Sexuelle Gesundheit Schweiz», welche für ihre

Präferenzen für eine «sexuelle Aufklärung» nun unerlaubterweise den Bundesrat einspannen möchte?

Fragen über Fragen. Jedenfalls werde ich diese Session eine neue Interpellation einreichen. Das muss geklärt werden. Unsern Kindern zuliebe.

Sebastian Frehner,
Nationalrat, Riehen (BS)

